

Tagesordnung I Punkt 22 der nicht - öffentlichen Sitzung am 02. Juli 2009

Vorlagen-Nr. 09-V-20-0044

Erwerb von Immobilien der Wohnbau Mainz GmbH

---

Beschluss Nr. 0340

1. Dem Erwerb des Immobilienbestands der Wohnbau Mainz GmbH in den Stadtteilen Amöneburg, Kastel und Kostheim (ca. 2.825 Wohneinheiten, 6 Gewerbeeinheiten, 955 Garagenstellplätzen, Grundstücken und einem Erbbaurecht) zu einem Preis von 139 Mio € zuzüglich Transaktionskosten durch die GWW Wiesbadener Wohnbaugesellschaft mbH oder eine andere mehrheitlich städtische Beteiligungsgesellschaft wird zugestimmt.
2. Der Einzahlung von 8 Mio € in die Kapitalrücklage der Wohnbau Mainz GmbH durch die Landeshauptstadt Wiesbaden wird zugestimmt. Die Finanzierung erfolgt aus dem Bereich „Allgemeine Haushaltsverbesserungen“ (PSP-Element 1.16.01.005).
3. Es wird zugestimmt, dass die erwerbende Gesellschaft zur Finanzierung des Erwerbs eine Eigenkapitaleinlage in Höhe von 30 Mio € erhält. Die dafür erforderlichen Mittel werden zunächst über die WVV Wiesbaden Holding GmbH und die WIM Wiesbadener Immobilienmanagement GmbH der Erwerbengesellschaft zur Verfügung gestellt. Diese Summe wird dann zum Haushalt 2010/2011 zugesetzt.
4. Für die erforderlichen Fremdkapitalaufnahmen und -übernahmen (Darlehen) werden städtische Bürgschaften bis zu einer Höhe von 100 Mio € zur Verfügung gestellt, soweit es sich dabei nicht bereits um Darlehen der Stadt Wiesbaden handelt.
5. Die städtischen Vertreter in den Gesellschafterversammlungen der betroffenen Gesellschaften werden gebeten, dem Erwerb zuzustimmen.
6. Der Veräußerung des Wiesbadener Geschäftsanteils von 17,1% an der Wohnbau Mainz GmbH an eine oder mehrere von der Stadt Mainz zu benennende Erwerber zu einem symbolischen Kaufpreis von je 11,00 € wird zugestimmt.
7. Der Magistrat (Dezernat I/20) wird ermächtigt, zur Zwischenfinanzierung des Erwerbs einen Kassenkredit bis zu einer Höhe von 120 Mio € und einem Zeitraum von bis zu sechs Monaten der Erwerbengesellschaft bzw. der WVV Wiesbaden Holding GmbH zur Verfügung zu stellen.
- ~~8. Die GWW bzw. die Erwerbengesellschaft wird ermächtigt, den Rahmen des bei der GWW bewährten Mieterprivatisierungsprogramms um bis zu 700 Wohnungen aufzustocken.~~
9. Es ist vorgesehen, dass die GWW in den nächsten 10 Jahren vor allem für Wärmedämm- und andere Instandhaltungsmaßnahmen im Bereich Amöneburg, Kastel und Kostheim rd. 24 Mio. € aufwendet. Dazu können Mittel der Wohnungsbauförderung verwendet werden.

10. Es wird zur Kenntnis genommen, dass es ein Risiko der Anfechtung des Immobilienerwerbs im Rahmen eines Insolvenzverfahrens gibt, das zwar gering aber existent ist.
11. Der Magistrat (Dezernat I / 20) wird mit der haushaltsmäßigen Umsetzung beauftragt.

(antragsgemäß Magistrat 24.06.2009 BP 0563,  
Ziffer 8. gestrichen durch den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung)  
(antragsgemäß Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung 24.06.2009 BP 0261)

Dem Magistrat  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .07.2009

Thiels  
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat  
-16 -

Wiesbaden, .07.2009

Dezernat I/20  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dr. Müller  
Oberbürgermeister